

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Montagvormittag. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Postgebühren ohne Belegkarte 1,40 Reichsmark, durch die Post 1,85 Reichsmark und 40 Reichspfennige Zustellgebühr. Inhalt der Nachrichten-Nummern: jeden Mittwoch.

Die Nachrichten werden nach National-Zeiten berechnet. Die Halle'sche Zeitung erscheint an jedem Montagvormittag. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Postgebühren ohne Belegkarte 1,40 Reichsmark, durch die Post 1,85 Reichsmark und 40 Reichspfennige Zustellgebühr. Inhalt der Nachrichten-Nummern: jeden Mittwoch.

Neues in Kürze.

Drachmungen und Radiotelegramme.

In Kreisen französischer Ingenieure und Maschinenbauingenieure verläutet, daß bei planmäßiger Entlastung der Dinge die Wägen in ihrer jetzigen Form zum 1. Oktober 1924 aufgestellt werden. Die zurzeit bestehenden Hauptabteilungen würden, wenn sich dieses Gerücht bestätigen sollte, bis zur endgültigen Auflösung nach erheblichen Personalabnahmen, noch verharren, etwa als Reorganisationsmaßnahme, weiter bestehen.

Am 1. September beginnen die deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen. Der Direktor der Wirtschaftsverhandlungen im belgischen Außenministerium wird sich zu diesem Zweck nach Berlin begeben. Berlin ist als Verhandlungsort gewählt worden, weil die Deutschen zu verfahren gegeben haben, daß die Arbeiter zur Anwendung des Dawes-Planes es notwendig machen, daß das gesamte technische Personal in Berlin verbleibt.

Nach einer Mitteilung des „Kölnener Tageblattes“ hat sich der Separatistführer Dr. Dornen von Köln, wo er sich dem Scheitern der Separatistenbewegung im Rheinland aufschrieb, nach Amerika begeben, wo er dauernd bleiben wird.

Die französischen Behaltungsbehörden haben die in der pfälzischen Separatistenbewegung in Untersuchungshaft befindlichen Personen aus Firmens und anderen Orten, gegen die ein Verfahren wegen Mordes eingeleitet war, aus der Haft entlassen und das Verfahren eingestellt.

Der sozialdemokratische Bezirksvorsitzende Großberlins legte am Sonntag, 17. August, im Bericht des Bezirksvorstandes mit, daß die Anzahl der Mitglieder des Bezirksverbandes Berlin der S. P. D., die am 1. April 1923 57 189 betrug, bis am 1. April 1924 auf 54 042 zurückgegangen ist.

Die deutsche Kolonialgesellschaft teilt mit: Am 17. und 18. September 1924 findet in der Berliner Universitäts ein Zweites Kolonialkongress statt. Mit dem Kolonialkongress verbunden ist eine tropenmedizinische Ausstellung in der Staatsbibliothek. In den Vollerklärungen werden zahlreiche Vorträge über Kolonialwesen, Missionen, Tropenmedizin und Hygiene, Ethnographie, Naturkunde u. a. m. gehalten werden.

In Südwestdeutschland sind seit Sonntag abend schwere Südweststürme zu verzeichnen. Zahlreiche Fernleitungen sind unterbrochen, und die Stromlieferung in Schwarmzahl beschädigt.

Nach einer Meldung aus Weßfeld ist in den Rosenbüchsen von Wons der Generalstreik erklärt worden.

In den Kreisen des Völkerverbands sekretariats regnet man mit großer Spannung, daß die Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs zum Besuch der Völkerverbandsversammlung in Genf eintreffen werden. Ueber die wichtigsten Diskussionen ist hier nichts bekannt.

Nach einer Meldung aus Washington ist Präsident Coolidge die feste Absicht, so schnell wie möglich eine Konferenz für die allgemeine Abrüstung einzuberufen.

Der normale Bremerischer Redaktionsrat hat sich nach Berlin begeben, um mit den Verantwortlichen von Nordland die irischen Grenzschwierigkeiten zu besprechen.

Die schweizerische Regierung hat den kommunikativen belgischen Reichstagsabgeordneten Thomas und den französischen Kommunisten Gilbert, welche sie in der vergangenen Woche wegen verächtlicher kommunistischer Propaganda verhaftet, ausgenickelt.

Die amtliche Identifizierung der Leiche Matteotti ist auf dem kleinen Friedhof von Riano erfolgt.

Da der heimische Druck auf die spanische Stellung am Kaukasus in Maracaibo fortwähren, beschließen die Spanier, offensiv vorzugehen. Die Offensiv hat bereits begonnen.

Drei der im Zusammenhang mit der Erschießung der Engländer in Wans verhafteten Personen wurden freigelassen. Zwei weitere Personen wurden verurteilt. Auf das in Betracht kommende Verbrechen steht in Mexiko die Todesstrafe.

Zeit Barillen erklären, daß ungefähr hundert mexikanische Aufständische an ihrer Spitze General Sanchez, den Elgueta Merito-Veracruz angegriffen hätten, der Truppen und Reisende beiderseits, die Lokomotive und zwei Wagen lenken, um Gefangen gebracht werden. Mehrere Wagen wurden in Wans gelockt und einem zwanzig Reisende getötet.

Der Kampf um die Zustimmung.

Berlin, 19. August. Vom Reichstagstag wurden gestern im Beisein der Reichsminister Grafenmann und Dr. Luther um 4 1/2 Uhr die Führer der Koalitionsparteien, der Bauernpartei, Sozialpartei und der Wirtschaftspartei, um 5 1/2 Uhr die Sozialdemokraten, um 6 1/2 Uhr die Deutschnationalen empfangen, um sie über das Ergebnis der Londoner Konferenz zu unterrichten. Zwei Stunden vor Mittag 10 Uhr sind die Ministerpräsidenten der Länder vom Reichstagstag nach Berlin gebeten worden.

Ueber die Absichten und Stimmungen in Berlin wird uns folgendes gemeldet:

Das Reichskabinett.

An der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts, die um 3 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten begann, nahmen alle in Berlin anwesenden Minister teil. Die aus London zurückgekehrten Minister gaben einen eingehenden Bericht über den Verlauf der Konferenz. Hierbei wurde den Ministern zufolge festgestellt, daß die deutsche Delegation zum einen zwar nach dem Krieges möglich gleichberechtigt mit den Alliierten verhandeln konnte.

Das Kabinett billigte einstimmig die Forderung keiner Schritte in London und wird den Reichstag nicht im Zweifel darüber lassen, daß es den bestmöglichen Weg unter allen Umständen weiter verfolgen wird.

Der Reichstag.

Der Zusammentritt des Reichstages soll nicht für Donnerstag, sondern erst für Freitag zu erwarten sein. Es wird damit gerechnet, daß die parlamentarische Entscheidung über das Ergebnis der Londoner Konferenz in die zweite Hälfte der nächsten Woche fällt und daß, falls die erforderliche Mehrheit für die Gültigkeit der Durchführungsbeschlüsse nicht erreicht werden sollte, alsbald die Auflösung des Reichstages ausgedrückt werden dürfte.

Andererseits wird daran gedacht, im Falle der Ablehnung der Londoner Beschlüsse, hat einer Reichstagsauflösung und Neuwahl einer Reichstagsversammlung vornehmen zu lassen. Damit würde die kritische Frage sich erheben, ob ein solcher Vorschlag irgendwelche verfassungsmäßige Kraft haben kann und nicht einfach durch die Verfassung unter Ausschaltung der verfassungsmäßigen Organe des Staates eine Diktatur des heutigen Reichskabinetts zu errichten. Denn ein Regieren unter Umgehung und Ausschaltung des Reichstages ist Diktatur. Beschlüsse derlei Art, die die Gewalten des Volkens selbstsüchtig aus gerade von den sozialistischen Blättern vertreten, womit wir uns einer „Diktatur des Proletariats“, allerdings nicht der kommunistischen, sondern einer sozialistischen nähern würden. Der Schritt von links nach rechts ist dann bei den vielfachen Überlegungen der Sozialisten zu den Unabhängigen und den Unabhängigen zu den Kommunisten vielleicht nur nach einer Frage der Zeit. Deshalb muß auf die Gefahr eines Verlegens der Entscheidung aus dem Parlament auf die Straße rechtzeitig hingewiesen werden.

Die Besprechung mit den Parteiführern.

Berlin, 19. August. In den Besprechungen mit den Parteiführern wurde von den deutschen Delegierten über den Verlauf der Londoner Konferenz Bericht erstattet. In den langen, teilweise persönlichen Verhandlungen und Ausdrücken äußerten die deutschen Delegierten von dem französischen Ministerpräsidenten den Eindruck von einem Manne erhalten, der überaus hohe Ziele bezweckt und vom besten Willen befeuert ist. Seinen Worten könne man Vertrauen entgegenbringen, da man der Überzeugung sein mußte, daß er tatsächlich das Allerbeste für die Befriedung Europas beabsichtigt.

Besüglich der Räumungsfrage habe in den Kreisen der deutschen Delegation die Auffassung weitergehenden Entgegenkommens bereit gemacht, jedoch auch eine weitgehende Ermächtigung durch den Ministerrat hatte. Die Entscheidung sei dann durch Loucheur gefallen, der für den Fall

Das Urteil der Sachverständigen.

Von Dr. Georg Wilhelm Schiele.

Je mehr Wert, — um so schwerer die Krankheit. Deutschland hat allerlei Sachverständige um sein Lager stehen. Es ist notwendig, daß der Patient, das ist wir, sich nach einmal das Urteil eigener Werte recht klar vortragen sollte; denn sie sind verschiedener Meinung. Die einen sind für die Erfüllungsgarantur, — die anderen dagegen.

Wir haben da erstens die Sachverständigen, welche den Dawesplan ausgearbeitet haben. Was ist sie? Sind es amerikanische Gelehrte, welche Auftrag und Vollmacht vom Kongress haben? Keineswegs. Dr. Dawes und Dr. Young, die beiden Hauptpersonen, sind Angehörte des Wall Street. Sie sind also zweifellos sehr sachverständig. Welches sind wohl die Ziele des Dawes-Morgans? Dieses hat als Führer des großen Bankkapitals drüben während des Krieges gewaltige Summen vorgeschossen, deren Gegenwert in tote deutsche Goldbarren und deutsche Banknoten umgewandelt ist. Frankreich ist der nächste Schuldner für diese Werte (16 Milliarden Goldfranken). Aber natürlich ist ein unbewältigter Schuldner und außerdem schwer bewaffnet. Darum gilt, für die Zukunft eintrübende Schuld eines internationalen Schuldners zu finden, dessen Zahlungsfähigkeit nicht so selbstwützig und nicht so schwer bewaffnet ist.

Setzt er aber auch Pfänder? Gewiß, nämlich seine gelamten Zölle, seine gelamten indirekten Steuern, seine direkten Steuern, seine Eisenbahnen. Wenn man diese beiden Koffer einander setzt, so ist es ein gewaltiges Gewicht. Das ist der Wagon des Dawes. So heißt das internationale Bankkapital: es ist der Wagon, das die Verzinsung internationaler Schulden das wichtigste an der ganzen Politik ist. Uns armen Deutschen macht die Meinung dieser sehr sachverständigen Leute auch große Eindruck, und wir ängstigen uns, daß ohne das internationale Bankkapital keine Genugtuung für uns möglich ist. Folglich gegen die Werte ist die erste Pflicht eines braven Bürgers.

Nun sehen allerdings viele bedeutenden Sachverständigen auch in ihrem Plan einige Schwächen. Da ist z. B. die verfluchte Unübersicht der europäischen Währungen, welchen einen Transfers, d. h. Zahlung nach außen, eigentlich unmöglich macht. Erhaltung der S-ierung des Wertes ist Vorbedingung der Kur. Es kann sein, daß die Zahlungen aus Deutschland sehr gering sein werden; dann werden sich in Deutschland die Zahlungen ankommen, um man wird damit beinahe Eigentum laufen können. Auch das hat seine Grenzen. Man will diesen Fonds nicht höher als auf 5 Milliarden steigen lassen, ein sehr großer Appropriationsfonds innerhalb der verarmten deutschen Wirtschaft. Außerdem hat man in immer bedenklich die direkten Pfänder, z. B. Eisenbahn, und außerdem die Haftung mit sämtlichen Zöllen und Steuern, eigentlich eine vollständige Stillfrierung dieses großen Staats- und Volkens Vermögens, was man zu tun hat. In Amerika und in Frankreich ist es nicht anders, die S-ierung in der Regierung. Wenn das keine Sicherheit gibt, so gibt es in der ganzen Welt keine. An der Sachverständigenliste dieses Planes kann kein Zweifel sein.

Immerhin, diese Kapitalisten, die das Haus Morgans und das internationale Bankkapital einmalmals vorgeschlagen hat, sind nicht nützlich und fruchtbar angesehen. Sie sind darum eigentlich kein Gegenstand für Verzinsung. Sie sind ungeeignet in perfekten Dörfern und verarmten Städten. Aus so etwas kann man keine Zinsen ziehen. Jedoch der Lieberleben kann und soll Zinsen zahlen. Er könnte es, wenn der Friedensfund, der auf den Krieg folgt, ein wirklich fruchtbarer und gewinnbringender Frieden wäre.

Der „Friedenswille“ der Franzosen.

Wie die Franzosen sich die künftige Ruhrfrage denken, ergibt sich aus einem offenen Briefe an den Senatrat de Loucheur an Herriot im „Paris-Matin“.

„Ihre Politik ist, wie Sie es selber ausgegeben haben, weder schlagfertig noch geschickt. Von jeder Seite der Verhandlung sind die nachfolgenden Voraussetzungen getrennt.“

1. Wenn Sie vor der endgültigen und vollständigen Räumung der Ruhr die Bewilligung sämtlicher mit dem Sachverständigenbericht zusammenhängenden Finanzoperationen durchsetzen, so ist die Räumung der Ruhr einseitig mit Deutschland einen Handelsvertrag abgeschlossen haben und andererseits die Übertragungen und Schlichterungen durch die Begründung eines gegenseitigen Programms internationaler Arbeit erreichen, das die französische Zusammenarbeit, die beide Länder nicht länger entgegenkommen können, in die Erscheinung treten läßt.

2. Wenn vor der Räumung der Ruhr die Frage der internationalen Schulden, die am so dringender geworden ist, als die Sachverständigen unsere Schuldforderungen noch reduziert haben, geregelt wird.

3. Wenn die Räumung der Ruhr aus irgendeiner Hinsicht oder irgendeinem anderen Verfahren nicht der nötigen Siderungsgarantie entbehrt, ohne die die moralische und materielle Abrüstung unmöglich bleibt.“

Der Präsident Wilson hat 14 Punkte festgelegt, der „Durchführungsplan“ hat nur vier, aber er hält an ihnen fest.

Was einer binnen Jahresfrist ohne weiteres eintretenden Ruhräumung ist, da schon seine Rede mehr. Sondern die Erprobung ist fast fertiggestellt werden. Das ist der Wille des „Durchführungsplan“? Was sagen Sie dazu, Herr Reichstagstag?

Offenburg geräumt.

Offenburg, 19. August. Das Gebiet von Offenburg und Appenweier ist im Laufe des Monats von den französischen Truppen geräumt worden. Der Befehl, Offenburg zu räumen, kam dem hiesigen Kommandeur sehr überraschend. Die Nachricht traf morgens gegen 4 Uhr ein, und alsbald machten sich die Truppen bereit, die Materialien und Gerätschaften aufzunehmen. Im ganzen werden etwa 50 von den französischen Truppen beschlagnahmte Wohnungen frei. Der Sonderzug der von französischen Kommando bei der Betriebsinspektion angefordert wurde, umfahrt 24 Wagen. In der Stadt waren etwa 20

Die Hauptgedanken des Reichstages.

der Ermächtigung weitgehender Zugeständnisse an Deutschland mit der Entscheidung der Unterfertigung seiner 42 Mann starken Kammergruppe gedrückt.

Das gegenwärtige Vertrauen, das sich während der Londoner Verhandlungen zwischen Herriot und Marx angebahnt habe, werde dadurch praktisch zur Auswirkung kommen, daß hinsichtlich der etwaigen Schlichterungen im belagerten Gebiet der Kaiser Privatbriefe an Herriot richten werde, um Abklärung der Unklarheiten herbeizuführen. Herriot habe sich mit diesem Verfahren bereitwillig einverstanden erklärt.

Die vorstehende Meldung führt sich im wesentlichen auf die Berichte der Berliner Blätter, und zwar vorwiegend demokratischer Richtung. Die Blätter, die darin den persönlichen Charakter und die politische Richtung der Beteiligten betonen, sind zu bescheiden. Wenn es sich um erbliche Monarchen handelte, die in London miteinander konferierten, wäre das allenfalls berechtigt. Bei demokratischen Staatsformen sind die privaten Äußerungen der Beteiligten nicht gleichgültig, weil diese bei den Staatsleuten morgen schon wieder Privatleute sein und durch andere Privatleute, die zu Staatsleuten gemacht werden, ersetzt sein können. Dieser Rückfall unterer Demokraten in monarchistische Ermüdungen sollte für jetzt jeglichen Überheblichkeit einer Überhebung der regierenden Privatleute lieber zu der Einsicht führen, daß die demokratische Staatsform Mängel hat, die man beseitigen sollte.

Dieses Meinungen auf die persönlichen Einbrüche und Meinungen ist um befriedlicher, als das Ergebnis von London offenbar in härtester Weise durch den persönlichen Eindruck unserer Delegierten beeinflusst worden ist, die man gerade eingeweiht hat in die Atmosphäre von erlogenen Friedens- und Versöhnungswillen. Demgegenüber hat Marx in seiner Londoner Schlussrede jener Verurteilung Ausdruck gegeben, die den hohen Geist des Friedens und der Versöhnlichkeit“ der Konferenz! Mehr konnten die Alliierten wirklich nicht erreichen!

Das deutsche Volk wird, wenn nicht jetzt schon, so in ganz kurzer Zeit den maßlosen Willen der Alliierten sehen, der allerdings auf Frieden und Versöhnung, aber ganz allein auf unsere Kosten gerichtet ist.

Der „Friedenswille“ der Franzosen.

Wie die Franzosen sich die künftige Ruhrfrage denken, ergibt sich aus einem offenen Briefe an den Senatrat de Loucheur an Herriot im „Paris-Matin“.

„Ihre Politik ist, wie Sie es selber ausgegeben haben, weder schlagfertig noch geschickt. Von jeder Seite der Verhandlung sind die nachfolgenden Voraussetzungen getrennt.“

1. Wenn Sie vor der endgültigen und vollständigen Räumung der Ruhr die Bewilligung sämtlicher mit dem Sachverständigenbericht zusammenhängenden Finanzoperationen durchsetzen, so ist die Räumung der Ruhr einseitig mit Deutschland einen Handelsvertrag abgeschlossen haben und andererseits die Übertragungen und Schlichterungen durch die Begründung eines gegenseitigen Programms internationaler Arbeit erreichen, das die französische Zusammenarbeit, die beide Länder nicht länger entgegenkommen können, in die Erscheinung treten läßt.

2. Wenn vor der Räumung der Ruhr die Frage der internationalen Schulden, die am so dringender geworden ist, als die Sachverständigen unsere Schuldforderungen noch reduziert haben, geregelt wird.

3. Wenn die Räumung der Ruhr aus irgendeiner Hinsicht oder irgendeinem anderen Verfahren nicht der nötigen Siderungsgarantie entbehrt, ohne die die moralische und materielle Abrüstung unmöglich bleibt.“

Der Präsident Wilson hat 14 Punkte festgelegt, der „Durchführungsplan“ hat nur vier, aber er hält an ihnen fest.

Was einer binnen Jahresfrist ohne weiteres eintretenden Ruhräumung ist, da schon seine Rede mehr. Sondern die Erprobung ist fast fertiggestellt werden. Das ist der Wille des „Durchführungsplan“? Was sagen Sie dazu, Herr Reichstagstag?

Offenburg geräumt.

Offenburg, 19. August. Das Gebiet von Offenburg und Appenweier ist im Laufe des Monats von den französischen Truppen geräumt worden. Der Befehl, Offenburg zu räumen, kam dem hiesigen Kommandeur sehr überraschend. Die Nachricht traf morgens gegen 4 Uhr ein, und alsbald machten sich die Truppen bereit, die Materialien und Gerätschaften aufzunehmen. Im ganzen werden etwa 50 von den französischen Truppen beschlagnahmte Wohnungen frei. Der Sonderzug der von französischen Kommando bei der Betriebsinspektion angefordert wurde, umfahrt 24 Wagen. In der Stadt waren etwa 20

französische Lastautos eingetroffen, um den Wtransport des übrigen Materials vorzunehmen.

Vom französischen Kriegsgericht in Ellen wurden verurteilt der Bergmann Joseph Jahn wegen verurteilten schweren Diebstahls zu fünf Jahren Zwangsarbeit und fünf Jahren Außerachtlassung, der Bergmann Hermann Biegler wegen einfachen Diebstahls zu fünf Jahren Zwangsarbeit, der Bankbeamte Hans Schmitz wegen Betrugs und Betrug eines Radioapparates zu drei Jahren Zwangsarbeit und fünf Jahren Außerachtlassung, der Bankbeamte Albert Ring wegen Gefährdung der Sicherheit der Truppen und Betrugs eines gefälschten Ausweises zu zehn Jahren Gefängnis und zehn Jahren Zwangsarbeit.

